



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2,  
90403 NÜRNBERG

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091  
Fax: (0911) 231-2930  
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)  
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus

90403 Nürnberg

*SchulA*

|  |  |                        |
|--|--|------------------------|
| OBERBÜRGERMEISTER                            |  |                        |
| 31. JULI 2014                                |  |                        |
| 1<br>Zur<br>Kts.                             | 2<br>z. w. V.                                | 3<br>Zur Stellungnahme |
| 4<br>Antwort vor Ab-<br>schreibung vorliegen | 5<br>Antwort zur Unter-<br>schrift vorliegen |                        |

*Mu*  
Nürnberg, 31.07.2014  
*Kopie BB*

**Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 24.03.2004**

**Beschluss über den Antrag eines geregelten Übergangs städtischer Schulen auf den Freistaat**

Antrags-Nummer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen den Stadtratsbeschluss vom 24.03.2004 mit dem Titel „Beschluss über den Antrag eines geregelten Übergangs städtischer Schulen auf den Freistaat“ aufzuheben.

Zudem beantragen wir, dass der Stadtrat den Oberbürgermeister beauftragt, über den Bayerischen Städtetag mit dem Freistaat Bayern über eine adäquate Schulfinanzierung zu verhandeln. Dies betrifft insbesondere die Lehrpersonalausschüsse, Gastschulbeiträge, Fahrtkostenerstattungen, Ganztagsangebote, Umsetzung der Inklusion an den Schulen und alle anderen Bereiche wie beispielsweise Mittagsbetreuung oder Computerausstattung.

**Begründung:**

In der Stadtratssitzung vom 24.03.2004 beschloss der Stadtrat der Stadt Nürnberg einen geregelten Übergang der städtischen Schulen auf den Freistaat Bayern. Maßgeblicher Grund war die Hoffnung, finanzielle Einsparungen bei der Übertragung an den Freistaat für den städtischen Haushalt zu erreichen. Dass es sich bei dem Antrag um einen reinen Finanzantrag handelt, war und ist immer noch offenkundig. Faktisch hat der Beschluss keine Bedeutung mehr und sollte entsprechend korrigiert werden.

Auch wenn die Kosten der kommunalen Schulen den städtischen Haushalt vor einige Herausforderungen stellen, liegen die Vorteile einer eigenen Trägerschaft auf der Hand: Kurze Entscheidungswege und viele Projekte (Förderkonzepte, Ganztagschulen, Inklusion, Flüchtlingsklassen im Bereich der beruflichen Schulen) werden in städtischen Schulen umgesetzt. Hinzu kommt, dass die Stadt Nürnberg in den letzten zehn Jahren viel in die städtischen Schulen investiert hat: sowohl im Bereich der Pädagogik, in die Sachausstattung als auch in die Schulräume.



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

Außerdem hat der Freistaat Bayern keinerlei Interesse, den gefassten Beschluss und die damit finanziellen Aufwendungen bzw. Umlagerungen umzusetzen. Bereits Kultusminister Schneider hat die Verstaatlichung kommunaler Schulen stets aufgrund von finanziellen Gründen abgelehnt, Minister Spaenle handelt ebenso. Seit her hat sich in der Sache nichts getan. Dem Kultusministerium liegen bayernweit 123 Anträge auf Verstaatlichung vor. Trotzdem wurde seit dem Jahr 2002 in Bayern keine einzige Schule mehr verstaatlicht. Es ist daher nicht nur vollkommen unwahrscheinlich, dass aus die Nürnberger Schulen prioritär verstaatlicht werden, sondern vielmehr ausgeschlossen.

Wir fordern eine tatsächliche Gleichbehandlung aller Schulen durch den Freistaat Bayern, wie es bereits der Bayerische Städtetag formuliert hat. Dies betrifft vor allem die adäquate Schulfinanzierung und Kostenerstattung. Die faktische Umsetzung der Verstaatlichung kommunaler Schulen in ganz Bayern würde für den Freistaat nach eigenen Angaben finanzielle Mehrausgaben von mindestens 295 Mio. Euro bedeuten. Dieses Geld tragen momentan die Kommunen. Es liegt also auf der Hand, die finanziell eingeschränkten Kommunen bei der Ausübung ihrer Aufgaben zu unterstützen und die nötigen Verbesserungen umsetzen. Eine erhöhte Förderung ist dringend geboten.

Die Aufhebung des Finanzbeschlusses geht über bloße Lippenbekenntnisse hinaus. Die deutliche Positionierung zeigt, dass wir unsere städtischen Schulen wertschätzen und als "städtische Schulen" zukünftig erhalten wollen. Dies sorgt in Schulen und Ämtern für Klarheit.

Mit freundlichen Grüßen



Elke Leo  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende